

PRESSEMITTEILUNG

04. Dezember 2007

Verbraucherpolitik in Baden-Württemberg: Auf gutem Weg - doch noch ist viel zu tun

Die Verbraucherkommission Baden-Württemberg zieht zwei Jahre nach ihrer Gründung eine erste Bilanz

"Die Verbraucherpolitik im Land hat deutlich an Fahrt gewonnen. Doch es gibt noch Einiges zu tun, wenn sie ihren angemessenen Stellenwert erreichen soll!" Das sagte die Vorsitzende der Verbraucherkommission des Landes Baden-Württemberg, Prof. Dr. Lucia Reisch am Dienstag (4. Dezember) anlässlich der Zwei-Jahres-Pressekonferenz in Stuttgart. Ihre Einschätzung: „Die Verbraucherkommission ist eine treibende Kraft, wenn es um die Stärkung der Verbraucher im Land geht“.

Seit ihrer Gründung vor zwei Jahren hat die Verbraucherkommission eine Vielzahl von Empfehlungen erarbeitet und der Landesregierung übermittelt. "Nun stellt sich die Frage, wie die Politik mit unseren Vorschlägen umgegangen ist", sagte Prof. Dr. Christoph Fasel, stellvertretender Vorsitzender der Verbraucherkommission Baden-Württemberg.

In einer ganzen Reihe von Themen kann die Verbraucherkommission sichtbare Erfolge ihrer Arbeit verzeichnen – was sie nicht hindert, im Interesse der Verbraucher hartnäckig weitere Forderungen zu erheben. Beispiele:

- **Verbraucherinformationsgesetz (VIG):** Die Forderung nach verkürzten Fristen für Auskünfte durch die Behörden konnten im Gesetzentwurf eingebracht werden.

Die weitere Forderung: Bei einer Novellierung muss das Gesetz verbraucherfreundlicher gestaltet werden: Auskunftspflicht auch für Unternehmen, Anwendungsbereich über Lebensmittel hinaus ausweiten.

- **Unlautere Telefonwerbung** (Cold Calls): Der Vorschlag, Folgeverträge von unerlaubten Telefonanrufen als unwirksam gelten zu lassen, wurde von der Verbraucherschutzministerkonferenz aufgegriffen.

Die weitere Forderung: Diesen für Verbraucher sehr effizienten Vorschlag auf Bundesebene weiter verfolgen und in das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb (UWG) einarbeiten.

- **Fernsehen ohne Grenzen** (Produktplatzierung): Die Forderung nach einer Beibehaltung der Trennung von Programm und Werbung wird von ARD und ZDF unterstützt.

Die weitere Forderung: Bei der Umsetzung der EU-Mediendiensterichtlinie im Land über den Rundfunkstaatsvertrag soll auf die Beibehaltung von werbearmen Zonen für Kindersendungen geachtet werden.

- **Nachhaltigkeitsstrategie** des Landes: Der Forderung, überprüfbare Ziele zu formulieren und die Sicht des Verbrauchers in den Mittelpunkt zu rücken, wurde teilweise bereits entsprochen.

Die weitere Forderung: Unabhängige Analyse der Maßnahmen, um die Zielerreichung und die Effektivität der Strategie kritisch zu beobachten.

"Wir haben noch viele Ideen und konkrete Vorschläge für eine fortschrittliche Verbraucherpolitik im Land", sagte Reisch. „Mit unserem Empfehlungskatalog wollen wir die Politik auch in Zukunft anspornen".

Das Gremium empfiehlt die Entwicklung einer Ressort-übergreifenden **Verbraucherpolitischen Strategie**. Kernpunkt ist dabei ein Aktionsplan, der alle Aktivitäten für den Verbraucher im Land einbezieht. Damit könnte Verbraucherpolitik zu einer echten Querschnittsaufgabe für das Land werden.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Verbesserung der **Lebensmittelsicherheit** im Land. Kernforderung ist hier, die Kontrolldichte der Lebensmittelüberwachung zu erhöhen. Dazu muss das Land die Zahl der Lebensmittelkontrolleure erhöhen.

Eine gesundheitsförderliche und bezahlbare **Schulverpflegung** ist eine weitere wichtige Zukunftsaufgabe. Denn wissenschaftliche Studien zeigen, dass dies eine wirksame Prävention gegen Übergewicht und gegen Ausgrenzung sein kann. Gerade Kindern aus einkommensschwachen Familien soll ermöglicht werden, regelmäßig an einem Mittagessen teilzunehmen.

Verbraucherbildung ist Voraussetzung für den mündigen Verbraucher. Kernforderung der Verbraucherkommission Baden-Württemberg ist die Qualifizierung von Lehrkräften und Kommunikatoren. Eine von der Verbraucherkommission angeregte Fortbildungsoffensive wird gerade aufgegriffen, Finanzierung und Umsetzung stehen noch in der Diskussion.

Die Verbraucherkommission Baden-Württemberg berät die Landesregierung als unabhängiges Expertengremium in grundsätzlichen Fragen der Verbraucherpolitik. Ein Schwerpunkt ihrer Tätigkeit ist die Vertiefung des Verständnisses zwischen den Verbrauchern, der Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung. Sie entwickelt Handlungsempfehlungen für eine Verbraucherpolitik, die sowohl auf den Verbraucher als mündigen Konsumenten als auch auf die nötigen Rahmenbedingungen in Politik und Gesellschaft abzielt.

Die Verbraucherkommission Baden-Württemberg besteht aus 14 Vertreterinnen und Vertretern aus Verbraucherorganisationen, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien, die sich ehrenamtlich für das Gremium engagieren. Sie wurde im Dezember 2005 auf Initiative von Ministerpräsident Günther H. Oettinger gegründet.

Der Empfehlungskatalog und der Tätigkeitsbericht "2 Jahre Verbraucherkommission Baden-Württemberg" sind unter www.verbraucherkommission.de abrufbar.

Pressekontakt:

Prof. Dr. Christoph Fasel

Telefon: 0173-9842247 Fax: 0711 / 126 2430

E-Mail: presse@verbraucherkommission.de

Internet: www.verbraucherkommission.de